

28. Februar 2008

www.kas.de

www.kas.de/bukarest

Rumänien positioniert sich im Konflikt Serbien-Kosovo: Unabhängigkeitserklärung nicht anerkannt

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hat Rumänien seine bereits vorher angekündigte Entscheidung getroffen, den neuen Staat nicht anzuerkennen. Rumäniens Staatspräsident Basescu verkündete am 18. Februar 2008 nach Gesprächen mit der Regierung, denen im Parlament vertretenen Parteien und den Repräsentanten der Minderheiten, dass Rumänien die Unabhängigkeitserklärung nicht anerkennen würde und die einseitige Unabhängigkeitserklärung als einen illegalen Akt betrachte. Der Fall Kosovo könnte zudem nicht als Präzedenzfall für andere Minoritäten gesehen werden. So sei die Situation der Ungarn in Rumänien nicht mit der der Kosovo-Albaner vergleichbar. Ganz ähnlich argumentierte der rumänische Premierminister Tariceanu vor der Versammlung der beiden Kammern des rumänischen Parlaments. Das Parlament nahm diese Position mit 357 gegen 27 Stimmen an.

Ungarische Minderheit für Anerkennung

Im Gegensatz dazu forderte der Demokratische Verband der Ungarischen Minderheit UDMR - neben der liberalen PNL von Premierminister Tariceanu die zweite Regierungspartei - Rumänien solle die Unabhängigkeit Kosovos so schnell wie möglich anerkennen. Die Unabhängigkeit des Kosovo sei ein natürlicher historischer Schritt. Rumänien würde schlussendlich ohnehin gezwungen sein, diese Unabhängigkeit wie auch andere EU-Mitgliedstaaten anzuerkennen. Anlässlich dieser Position des Ungarn-Verbands wurden beim Koalitionspartner PNL und bei Oppositionsparteien Stimmen laut, man solle die UDMR aus der Regierung ausschließen.

Russland gratuliert Rumänien

Am 19. Februar richtete der russische Botschafter in Rumänien ein Schreiben an das rumänische Parlament, in dem er den rumänischen politischen Autoritäten für ihre Position bezüglich der Unabhängigkeitserklärung Kosovos gratulierte. Diese Nachricht wurde in der rumänischen Öffentlichkeit mit Skepsis aufgenommen. Es wurden Vermutungen geäußert, Russland wolle den Beziehungen Rumäniens zur Europäischen Union und NATO schaden und in die Einheit der EU eingreifen.

Besuch des Serbischen Präsidenten in Bukarest

Am 21. Februar kam Serbiens Präsident Tadic zu einem Staatsbesuch nach Bukarest und dankte dem rumänischen Staatspräsidenten öffentlich für die Position Rumäniens zur Kosovo-Frage. Tadic verkündete, Serbien würde keine Strategie der Isolierung verfolgen und plane nicht, Gewalt einzusetzen, um die Unabhängigkeit Kosovos zu verhindern. Er wiederholte das Interesse Serbiens, Mitglied der EU zu werden. Präsident Basescu riet dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO BUKAREST

DR. HOLGER DIX

28. Februar 2008

www.kas.de

www.kas.de/bukarest

Gast, eine Selbstisolierung zu vermeiden und den Weg des Dialogs mit den Verantwortlichen in Pristina zu verfolgen. Basescu versicherte Tadic das Interesse der EU an einer Fortführung des Prozesses zum Beitritt Serbiens in die EU und fügte hinzu, Tadic's Wahl zum serbischen Präsidenten sei ein Beweis für Serbiens Willen, Mitglied der EU zu werden.

Rumäniens Politik nutzt Kosovo zur außenpolitischen Profilierung und für den Wahlkampf

Im Wahljahr 2008 mit Kommunal- und Parlamentswahlen ist die Kosovo-Frage als möglicher Präzedenzfall für die Situation der ungarischen Minderheit in Rumänien von hoher Bedeutung. Die Anerkennung Kosovos könnte bei einigen Vertretern der ungarischen Minderheit als ein Anreiz verstanden werden, die eigenen Separationsbestrebungen zu forcieren. Auch der nationalistischen Großrumänischen Partei PRM hätte eine ausufernde Diskussion um eine mögliche Infragestellung der nationalen Einheit zweifellos genutzt.

Mit der Nichtanerkennung des Kosovo bietet sich Rumänien aber auch die Möglichkeit, als Vermittler zwischen Serbien der EU-Mehrheit zu fungieren. Das verschafft außenpolitische Geltung, welche Rumänien - wie im Fall des Transnistrien-Konflikts in der benachbarten Republik Moldau - schmerzlich vermisst.